

SÄA-4 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin

Antragsteller*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

NEU

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

...

(3) Jedes Mitglied hat Stimmrecht in **einem Kreisverband**. Grundsätzlich gilt das Wohnortprinzip. Um das Stimmrecht in **einem anderen Kreisverband** wahrzunehmen, muss schriftlich ein begründeter Antrag an den Landesvorstand gestellt und durch diesen bewilligt werden. Der Wechsel der Wahrnehmung des Stimmrechts in **einen anderen Kreisverband** kann beim Landesvorstand beantragt werden. Der Landesvorstand entscheidet innerhalb von vier Wochen über den Antrag. Der Wechsel tritt im Falle der Zustimmung vier Wochen nach Stellung des Antrags in Kraft. In begründeten Fällen kann der Landesvorstand die Frist verlängern. Der Landesvorstand teilt dies dem Mitglied, welches den Antrag gestellt hat, unter Nennung der Frist mit. In Landesarbeitsgemeinschaften können alle Mitglieder des Landesverbands mitstimmen, in berlin-brandenburgischen Landesarbeitsgemeinschaften auch brandenburgische Mitglieder.

In **Kreisverbänden** kann jedes Mitglied des Landesverbands mit stimmen, das dort sein innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) wahrnimmt oder im jeweiligen Bezirk

19 seinen
Hauptwohnsitz hat, auch bei der Aufstellung oder Nominierung von Kandidat*innen
für
öffentliche Ämter. Ausgenommen sind Delegiertenwahlen, **Vorstandswahlen** und
Abstimmungen über
die Satzung.

20 (4) Jedes Mitglied hat entsprechend den gesetzlichen Regelungen bei der
21 Aufstellung der
22 Kandidat*innen für öffentliche Wahlen Stimmrecht in **dem Kreisverband** des
Wahlkreisverbandes,
in dem es seinen Hauptwohnsitz hat.

23 **ALT**

24 **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

25 ...

26 (3) Jedes Mitglied hat Stimmrecht in **einer Bezirksgruppe, Abteilung oder**
27 **innerparteilichen**
28 **Vereinigung**. Grundsätzlich gilt das Wohnortprinzip. Um das Stimmrecht in **einer**
29 **anderen**
30 **Bezirksgruppe, Abteilung oder innerparteilichen Vereinigung** wahrzunehmen, muss
31 schriftlich
32 ein begründeter Antrag an den Landesvorstand gestellt und durch diesen bewilligt
33 werden. Der
34 Wechsel der Wahrnehmung des Stimmrechts in **eine andere Bezirksgruppe, Abteilung**
35 **oder**
36 **innerparteiliche Vereinigung** kann beim Landesvorstand beantragt werden. Der
37 Landesvorstand
entscheidet innerhalb von vier Wochen über den Antrag. Der Wechsel tritt im Falle
der
Zustimmung vier Wochen nach Stellung des Antrags in Kraft. In begründeten Fällen
kann der
Landesvorstand die Frist verlängern. Der Landesvorstand teilt dies dem Mitglied,
welches den
Antrag gestellt hat, unter Nennung der Frist mit. In **Abteilungen und**
Landesarbeitsgemeinschaften können alle Mitglieder des Landesverbands mitstimmen,
in berlin-
brandenburgischen Landesarbeitsgemeinschaften auch brandenburgische Mitglieder.

38 **Delegiertenwahlen und Abstimmungen über die Satzung sind jedoch Mitgliedern**
39 **vorbehalten, die**

40 ***ihr innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) in der jeweiligen Abteilung***
41 ***wahrnehmen.*** In
42 ***Bezirksgruppen*** kann jedes Mitglied des Landesverbands mit stimmen, das dort sein
43 innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) wahrnimmt oder im jeweiligen Bezirk
seinen
Hauptwohnsitz hat, auch bei der Aufstellung oder Nominierung von Kandidat*innen
für
öffentliche Ämter. Ausgenommen sind Delegiertenwahlen und Abstimmungen über die
Satzung.

44 (4) Jedes Mitglied hat entsprechend den gesetzlichen Regelungen bei der
45 Aufstellung der
46 Kandidat*innen für öffentliche Wahlen Stimmrecht in ***der Bezirksgruppe*** des
Wahlkreisverbandes, in dem es seinen Hauptwohnsitz hat.

Begründung

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitag ist mit dem Parteiengesetz konform.

In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:<https://wolke.netzbegrueung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>